

# «Warum haben wir das nicht schon früher getan?»

Ob Attentate die Welt verändern, hängt von der Reaktion der Politiker ab

WASHINGTON: Können Selbstmordattentate die Welt verändern? Manchmal schon. Im Nahen Osten hängt dies weniger von den Tätern als vielmehr von der Reaktion der Politiker ab. Dass Israel jetzt wieder palästinensisches Gebiet besetzen will und US-Präsident George W. Bush seine angekündigte Nahost-Rede und Initiative erst einmal verschoben hat, war genau das, was radikale Islamisten beabsichtigten. Nicht in ihrem Sinne war hingegen die Erklärung palästinensischer Intellektueller, in der die Anschläge verurteilt wurden.

Ron Kampeas / AP

Es sei wichtig, die Initiative zu ergreifen, bevor die Ereignisse völlig unkontrollierbar würden, erklärt der frühere Unterstaatssekretär und Nahost-Experte Edward Walker. «Wenn der Präsident es zulässt, dass ein Mann mit einer Bombe ihn zum Schweigen bringt, dann haben sie gewonnen.» Und der frühere Nahost-Gesandte von Präsident Bill Clinton, Dennis Ross, sagt, der Politiker, der jetzt den Ausschlag geben könne, sei Jassir Arafat – wenn er sich entschliesse, gegen die militanten Islamisten vorzugehen.

Ein ermutigendes Zeichen ist da die Erklärung der palästinensischen Intellektuellen, die die Beendigung der Selbstmordanschläge nicht nur deshalb fordern, weil sie Israel Sympathie



Der palästinensische Präsident Jassir Arafat rief gestern erneut zum Ende der Attentate auf. Es reiche jetzt mit dem Krieg: «Zuviel ist zuviel», betonte Arafat in der israelischen Zeitung «Haaretz». (Bilder: Keystone)



einbringen, sondern auch wegen des Leids, dass sie den Menschen in Israel zufügen. Einen Wandel in der Politik haben Attentate im Nahen Osten schon öfters ausgelöst:

● Im Februar 1994 erschoss der jüdi-

sche Siedler Baruch Goldstein in einer Moschee in Hebron 29 Muslime, bevor er selbst erschlagen wurde. Ein aufgewühlter israelischer Ministerpräsident Jizchak Rabin rief danach Arafat an und sagte ihm: «Als Israeli bin ich tief beschämt über diese Tat.» Auch wegen dieser Offenheit Rabins kamen ins Stocken geratene Gespräche wieder in Gang und am 1. Juli desselben Jahres wurde Goldsteins Albtraum wahr: Jassir Arafat übernahm in Gaza die Leitung der palästinensischen Autonomiebehörde.

● Zwei Jahre später schlugen die politisch an den Rand gedrängten militanten Islamisten zu und töteten in etwas mehr als einer Woche in vier Selbstmordattentaten 62 Menschen. Das Echo war unterschiedlich. Arafat ging hart wie nie zuvor gegen die Militanten vor und es dauerte mindestens zwei Jahre, bevor sie sich wieder etwas etabliert hatten. Auf der anderen Seite entschied sich eine schockierte israelische Öffentlichkeit für den Hardliner Benjamin Netanjahu als Ministerpräsidenten, was wiederum Wasser auf die

Mühlen der militanten Islamisten war, die eine Versöhnung mit Israel für unmöglich halten.

● Der militante Islamist, der 1981 den ägyptischen Staatspräsidenten Anwar Sadat erschoss, beeinflusst bis heute die Handlungen arabischer Politiker in Bezug auf Israel. Seitdem betonen sie alle – Arafat eingeschlossen – unter Hinweis auf diese Tat, dass sie nur kleine Konzessionen machen könnten.

● Den vielleicht einschneidendsten Einfluss hatte die Ermordung Rabins im November 1995 durch einen jüdischen Extremisten. Arafat weinte über den Verlust eines Freundes und ein tief schockierter Clinton sass auf dem Rückweg von der Beerdigung nur stumm im Flugzeug. Es dauerte Monate, bevor er die Nahostpolitik wieder aufnahm.

Der zu lebenslanger Haft verurteilte Attentäter Jigal Amir fand seine eigene Genugtuung. Bei einer Anhörung fünf Jahre nach der Tat antwortete er auf die Frage eines Reporters, ob er etwas bedauere: «Ja, warum haben wir das nicht schon früher getan?»

## Deutscher Sieg bejubelt

SEVILLA: Gebannt sassen die deutschen Politiker Gerhard Schröder, Joschka Fischer und Hans Eichel vor dem Fernseher: Auf der Mattscheibe klickte gerade die deutsche Fußball-Nationalmannschaft auf dem Weg ins Halbfinale der Weltmeisterschaft. Der Kanzler und seine Minister liessen es sich auf dem EU-Gipfel gestern nicht nehmen, das Spiel zu verfolgen. Als dann endlich das erlösende Tor von Michael Ballack fiel, sprang das Trio nach Berichten aus Delegationskreisen aus seinen Sitzen und jubelte lautstark «Tor!».

## Karsli erneuert Vorwürfe

DÜSSELDORF: Der umstrittene nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Jamal Karsli hat der israelischen Armee erneut Nazi-Methoden vorgeworfen, nachdem er sich zuvor dafür öffentlich entschuldigt hat. Er kündigte gestern in Düsseldorf ausserdem an, er werde gegen Spitzenvertreter des Zentralrates der Juden in Deutschland klagen, weil diese ihm antisemitische Äusserungen vorgehalten hätten.

Karsli beschuldigt Zentralratspräsident Paul Spiegel und dessen Vize Michel Friedman der «Verleumdung und Ehrverletzung». Seine kritischen Aussagen zum Vorgehen der israelischen Armee gegen die Palästinenser und der Vergleich mit Nazi-Methoden würden auch von israelischen Friedensaktivisten geteilt.

## Villepin reist in den Nahen Osten

PARIS: Der neue französische Aussenminister Dominique de Villepin reist am Sonntag in den Nahen Osten. Er werde bis Mittwoch Ägypten, Israel, die palästinensischen Gebiete und Saudi-Arabien besuchen, teilte das Pariser Aussenministerium gestern mit. Villepin, der seit Anfang Mai im Amt ist, wolle dort mit den «Verantwortlichen Kontakt aufnehmen, ihre Analysen hören und mit ihnen einen Dialog führen», hiess es.

## Zehn Jahre Haft

BELGRAD: Ein jugoslawisches Gericht hat den ehemaligen Chef des staatlichen Fernsehens für den Tod von 16 seiner Angestellten verantwortlich gemacht und zu zehn Jahren Haft verurteilt. Dragoljub Milanovic habe die öffentliche Sicherheit schwer gefährdet, als er den Sender während der NATO-Luftangriffe nicht evakuiert habe, hiess es in dem Urteil. Er habe damit gegen die Gesetze für den Schutz der Bevölkerung in Kriegszeiten verstossen. NATO-Raketen trafen am 23. April 1999 den Sitz des Senders in Belgrad; 16 Menschen wurden getötet, darunter Techniker, Sicherheitsleute und eine Visagistin. Die NATO hatte den Sender, der als Sprachrohr des damaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic galt, mehrfach aufgefordert, sein Programm zu ändern, andernfalls könne er zum Angriffsziel werden. Milanovic soll die Angestellten aufgefordert haben, während der zahlreichen Angriffe das Gebäude auf keinen Fall zu verlassen.

## Reform der Polizei

KABUL: Der neue afghanische Innenminister Tadsch Mohammed Wardak hat gestern eine schnelle Reform der Polizei zugesagt. Falls es ihm in sieben Monaten nicht gelingen sollte, die korrupte Mannschaft in eine professionelle Polizeieinheit umzuwandeln, werde er von seinem Amt zurücktreten, sagte Wardak in Kabul. Wardak kündigte an, er werde sich bei der internationalen Gemeinschaft um Unterstützung für seine Reformen bemühen. «Die Welt ist bereit zu helfen», sagte er. «Aber wir müssen nun zeigen, dass wir bereit sind zu arbeiten.»

## Israel startet neue Militäraktion

JERUSALEM: Einen Tag nach einem blutigen Überfall auf eine jüdische Siedlung im Westjordanland hat Israel eine neue Militäraktion in den palästinensischen Autonomiegebieten gestartet. Die Streitkräfte beriefen Reservisten für die Operation ein, die laut Fernsehberichten «Entschlossener Weg» heissen soll. Bereits gestern rückten Truppen in Nablus ein. In Dschenin töteten Soldaten vier Palästinenser, darunter drei Kinder.

Palästinensische Extremisten überfielen am Donnerstagabend ein Haus in der Siedlung Itamar bei Nablus und töteten fünf Bewohner. Acht weitere wurden nach Armeeangaben

verletzt. Wenige Stunden nach dem Überfall rückten Truppen in Nablus ein. Augenzeugen sprachen von rund 50 Panzern und einer Reihe gepanzerter Planiertraupen. Erst am Donnerstag hatte Israel angekündigt, als Vergeltung für die jüngsten Selbstmordanschläge seine Militäroffensive in den palästinensischen Gebieten auszuweiten.

In dem Dorf Hauara nahe Nablus töteten randalierende israelische Siedler gestern einen Palästinenser, als sie wahllos in den Strassen um sich schossen. Zwei Autos und ein Haus wurden angezündet, wie Bewohner mitteilten.

## Zwei Anschläge auf spanische Badeorte

EU-Gipfel: Illegale Einwanderung und mehr Druck bei Zinsbesteuerung

SEVILLA/MALAGA: Die EU behält sich im Kampf gegen illegale Einwanderung Konsequenzen für Herkunft- und Transitländer vor. Zudem zeichnete sich bei den EU-Finanzministern gestern in der Zinsbesteuerung stärkerer Druck auf die Schweiz ab. Überschattet wurde der Gipfel von zwei Anschlägen mit mehreren Verletzten.

In Bezug auf die illegale Einwanderung werden in einem Entwurf der Abschlusserklärung lediglich «Massnahmen» gegen Länder gefordert, die ihre Grenzen nicht ausreichend bewachen und so den Weg für Flüchtlinge in die Europäische Union öffnen.

Die angedrohten Massnahmen dürften die Entwicklung des betroffenen Landes nicht behindern. Zuvor hatte Spanien Sanktionen wie etwa die Kürzung der Entwicklungshilfe gefordert. Dies hatten insbesondere Frankreich und Schweden kritisiert.

Im Zinssteuer-Streit zeichnete sich am EU-Gipfel mehr Druck auf die



Wenige Stunden vor Beginn des EU-Gipfels wurden bei zwei Autobombenanschlägen sechs Menschen verletzt.

Schweiz ab. Die Finanzminister der EU äusserten sich «tief besorgt», der deutsche Finanzminister Hans Eichel kritisierte deutlich die Haltung der Schweiz. Die von der Schweiz angebotene Quellensteuer zur Abwendung von Steuerflucht genügt laut Eichel nicht, weil damit EU-Bürger dem Besteuerungsprinzip ihrer Länder entzogen würden. Beim Eidgenössischen Finanzdepartement hiess es, dass vergessen ging, dass die Schweiz mit der Quellensteuer ein grosszügiges und konkretes Angebot gemacht habe.

## Sechs Verletzte bei zwei Anschlägen

Kurz vor Beginn des EU-Gipfels waren bei einem Anschlag vor einem Ferienhotel in Fuengirola bei Malaga sechs Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Einige Stunden später detonierte im Zentrum des nahe gelegenen Badeortes Marbella eine zweite Autobombe. Dabei kamen nach Angaben der Polizei keine Menschen zu Schaden.